

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Preis pro Exemplar 1 Pf. Für Abo: für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 963. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einchl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholer vom Verlag und den Buchhändlern Vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postämtern Viertelj. 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigenpreis: die gewöhnliche Monatszeile 1.00 Mk., im Restamtzeitung 8.50 Mk., in den Anzeigenzeilen 5.00 Mk. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfach Nr. 5233 Berlin.

Nr. 157.

Magdeburg, Donnerstag den 8. Juli 1920.

31. Jahrgang.

Erleichterungen im Steuerabzug.

Der plötzliche Steuerabzug vom Lohne hat die gesamte Arbeiterschaft in begreifliche Erregung versetzt. Besonders für Arbeiter mit starker Familie ist die Belastung mit einem Abzug von 10 Prozent vom Lohn einfach unerträglich. Oft genug kommt es vor, daß dadurch ein höherer Betrag abgezogen wird, als letzten Endes die Steuer ausmacht. Der Trost, daß der Mehrabzug zurückgezahlt wird, ist ein sehr schlechter, denn bei den heutigen Preisverhältnissen kann eine kinderreiche Familie nicht einen Pfennig entbehren.

Die schablonenhafte Art des Steuerabzugs lag auch durchaus nicht im Sinne der Gesetzgeber. In aller Schärfe hat dies der Sozialdemokrat Keil im Steuer-
auschuß des Reichstags zum Ausdruck gebracht.

Der Steuerauschuß des Reichstags hat nun
den Steuerabzug gemildert,

indem er beschloß, daß beim Steuerabzug vom Lohne für Lohnarbeiter, Angestellte, Beamte usw. ein Betrag von 5 Mark täglich, also vom Wochenlohn 30 Mark, vom Monatslohn 125 Mark, außer Berechnung bleiben. Für jede zum Haushalt gehörende Person bleiben wöchentlich 10 Mark, monatlich 40 Mark außer Berechnung. Das bedeutet eine

große Erleichterung für kinderreiche Familien.

Für einen Arbeiter mit Frau und zwei Kindern bleiben demnach bei wöchentlicher Lohnzahlung abzugfrei 60 Mark, mit vier Kindern 80 Mark, mit sechs Kindern 100 Mark.

Die Notwendigkeit der Steuerzahlung

sieht jeder Arbeiter ein. Wie furchtbar unsere Finanzlage ist, kann aus unserm heutigen Artikel über die Finanzlage Preußens ersehen werden. Die Arbeiter wehren sich vor allem dagegen, daß ohne Rücksicht auf den Familienstand und die Höhe des Einkommens immer nur gleichmäßig 10 Prozent einbehalten werden sollen. Die einbehaltenen Lohnsumme bedeutet allerdings nicht auch die Höhe der Steuer. Das Einkommensteuergesetz sieht eine Staffelung je nach der Höhe des Einkommens bis zu 60 Prozent vor. Wo also der Gesamtsteuerbetrag 10 Prozent des Einkommens übersteigt, sind zum Teil ganz enorme Nachzahlungen zu leisten.

Die Wünsche der Arbeiter, daß je nach der Höhe der zu zahlenden Steuer

auch der Steuerabzug gestaffelt werden soll, sind vom Steuerauschuß ebenfalls erfüllt worden.

Es werden in Zukunft 10 Prozent abgezogen nur bis zu einem Einkommen von 15 000 Mark. Übersteigt das Einkommen diesen Betrag, so sind bis zu 30 000 Mark 15 Prozent, von 30 000 Mark bis 50 000 Mark 20 Prozent und bei noch höhern Einkommen bis zu 50 Prozent in Abzug zu bringen.

Der Reichstag hat diesen Beschlüssen des Steueraus-
schusses

sofort Gesetzeskraft verliehen.

Alle Parteien haben dafür gestimmt, nur die Unab-
hängigen stimmten dagegen.

Sie stellten keine Verbesserungsanträge, sondern be-
mühten sich mit der Erklärung, daß sie überhaupt gegen
den Steuerabzug seien, ohne zu bedenken, daß

den Arbeitern keineswegs geholfen wäre,

wenn der Steuerabzug aufgehoben würde. Dann

müßten die Steuern am Quartalsende wie bisher auf ein-
mal bezahlt werden, was die Arbeiter, Angestellten und

Beamten noch viel härter treffen würde. Wie sollen sie

die Steuern auf einmal zahlen, wenn schon raten-
weise Zahlung schier unerträglich scheint. Lohnbeschlagnah-
me und Gerichtsvollzieher würden dann wie früher in

Funktion treten und die oben erwähnten Erleichterungen

kämen in Wegfall. Die Unabhängigen haben in
diesem Fall offensichtlich gegen die Interessen der Ar-
beiter gestimmt.

Das unabhängige Doppelspiel.

Die Beweggründe werden klar, wenn man das Ver-
halten der

Unabhängigen im Steuerauschuß

trachtet. In den Ausschüssen und Kommissionen können

Agitationsreden gehalten werden, dort müssen die
Vertreter der Parteien praktisch durchführbare Vor-
schläge für Verbesserungen machen. Der Finanzminister

erklärte dort, daß eine völlige Aufhebung des Steuerabzugs
zur Sabotierung der ganzen Einkommensteuer führen
würde. Werde aber die progressive Einkommensteuer jabo-
tiert, so müßten eben, da das Reich die Einnahmen unbedingt
brauche, indirekte Steuern an ihre Stelle treten.

Gegen das System der indirekten Steuern

führt die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten den erbittertsten
Kampf. Dafür konnten also im Ausschuß die Unabhän-
gigen nicht eintreten. Da sie aber keinerlei Vorschläge zu
machen wußten, wie die Steuerzahlung für die Arbeiter-
schaft zu erleichtern ist, gab der Vertreter der Unabhängigen,
Abg. Düwelle, die Erklärung ab, daß

im Prinzip die Unabhängigen nicht gegen den Steuerabzug

seien, aber die Steuerbelastung sei für den Arbeiter zu hoch.

Ohne Widerspruch zu finden, stellte der Sozialdemokrat

Keil fest, daß die Erklärung Düwelle eine Wendung
des Standpunktes der Unabhängigen bedeutet.

Im Steuerauschuß, wo praktisch gearbeitet werden
muß, ist also der ganze Schwindel zusammengebrochen,
den die Unabhängigen mit dem Steuerabzug treiben. Dort
wagten sie nicht, von einem „Ausnahmegesetz“ zu sprechen,
denn sie hätten dann mit Vorschlägen, wie es besser zu
machen ist, kommen müssen. Dort waren sie still, dort
müßten sie ihre Unfähigkeit, ihren Mangel an
eigenen Ideen, ihren praktischen Mangel zu er-
kennen und sich damit begnügen, den Vorschlägen der
Sozialdemokraten zuzustimmen.

Durch die ganze deutsche Presse, auch durch die unab-
hängige, war ein Bericht über die Verhandlungen des
Steueraus-
schusses gegangen, in welchem festgestellt wurde,
daß alle Parteien einschließlich der Unabhängigen
für die Beibehaltung des Steuerabzugs und Einführung
von Erleichterungen waren. Diese Nachricht ist von den
Unabhängigen nicht dementiert worden.

Um so größer war das Erstaunen,

als im Plenum des Reichstags die Unabhängigen
gegen die Erleichterungen stimmten und die Phrase vom
„Ausnahmegesetz“ wieder hervorholten. Als von mehreren
Rednern die Schwankung der Unabhängigen festgenagelt
wurde, da wußte sich Düwelle nicht anders als durch
runde Ablehnung zu helfen.

Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß im Steuer-
auschuß, also dort, wo es darauf ankam, Verbesserungs-
vorschläge zu machen, die Unabhängigen versagten und
sie erst im Plenum ihr „revolutionäres“ Herz und den
großen Mund wiederfanden. Wie mag es Düwelle in den
Fraktionsitzungen der Unabhängigen ergangen sein?

In Versammlungen und in ihren Zeitungen wird man
also weiter hören, wie die Unabhängigen im Sandumdrehen
den ganzen Staat und die gesamte Wirtschaft zu einem
Paradies für die Arbeiter umgestalten, wenn sie aber im
engen Kreise von Sachverständigen

stehen, werden sie still wie Herr Düwelle und müssen zu-
geben, daß sie nicht einmal wissen, wie sie in der drängenden
Gegenwart die Steuerlast der Arbeiter, der Angestellten
und Beamten erleichtern können.

Der Sozialdemokrat Keil wies auch im Steueraus-
schuß darauf hin, daß nach den unabhängigen An-
trägen bei der Festsetzung der Einkommensteuer die Steuer-
lasten für die Arbeiterschaft kaum vermindert worden wären.

Darauf kommt es aber allein an.

Arbeiter wehren sich nicht gegen die Steuerzahlung, für
sie ist lediglich die Höhe der Steuer maßgebend. Die Art
der Erhebung der Steuer ist an sich nebensächlich. In Wirk-
lichkeit ist die ratenweise Steuerzahlung eine Erleichterung.
Das würde sofort klar sein, wenn die Höhe der
Jahresgesamtsteuer den Steuerpflichtigen bekannt
wäre. In schärfster Weise wurde dieser Mangel im Steuer-
auschuß gerügt, der Finanzminister entschuldigte sich mit
der Ueberlastung der Finanzämter.

Zu begrüßen ist aber, daß der Reichstag schnelle
Arbeit gemacht hat und wesentliche Wilderungen — gegen
die Stimmen der Unabhängigen — den Arbeitern
verschaffte.

Der Unterschied zwischen Opposition und Opposition
zeigt sich aber gerade bei der Behandlung der Steuerfrage:
die Sozialdemokraten bemühen sich in zäher Klein-
arbeit, die Lasten für die Arbeiter zu vermindern, die Un-
abhängigen machen Theater-Opposition, weil sie nicht
wissen, wie Verbesserungen zu erzielen sind. —

Die Entwaffnungsfrage in Spa.

Die zweite Sitzung der Konferenz, an welcher von deutscher
Seite Reichskanzler Fehrenbach, Reichsminister des
Außenw. Simons, Reichswehrminister Dr. Gessler und
General v. Seeadt teilnahmen, wurde kurz nach 1/2 Uhr durch
den Präsidenten Delacroix mit der Frage eröffnet, welches
Mitglied der deutschen Delegation den Auftrag habe, die Noten
der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten.
Dr. Gessler ging sofort in längerer Ausführung auf die ganze
Entwaffnungsfrage ein und schilderte den gegenwärtigen Zu-
stand. Die 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung eine
unumgängliche Notwendigkeit. Lloyd George stelle dann
die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschland nicht er-
füllung des Friedensvertrags in militärischen
Dingen zum Vorwurf machen, insbesondere, daß die Reichswehr
statt 100 000 Mann 200 000 Mann umfasse, und daß Deutschland
statt der ihm zustehenden 2000 Maschinengewehre 60 000
habe. An Gewehren seien zwar 1,5 Millionen abgeliefert und
die Hälfte davon bereits zerstört. Es unterliegt jedoch keinem
Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den
Händen der deutschen Bevölkerung seien. Der Besitz dieser Ge-
wehre sei ein politisches Gefährdement von außerordentlicher
Schwere. Ihm sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die
Gesamtlänge Deutschlands 100 000, 200 000 oder 300 000 Mann
betrage. Die Alliierten verlangten, daß die deutsche Regierung
ihre eigenen Bestimmungen über die Höchstzahl der Gewehre
auf 100 000 Mann gestalte und die Verabreichung des Restes auf
100 000 Mann gestalte soll. Reichskanzler Fehrenbach be-
tonte hierauf in sehr ausführlichen und lebhaften Darlegungen
die Schwierigkeiten der Aufstellung eines weiteren Planes. Er
machte auch darauf aufmerksam, daß die Wiedergutmachungs-
forderungen der Alliierten von dem Bestehen einer genügend
großen Wehrmacht in Deutschland abhängig seien. In scharfer
Weise erwiderte Lloyd George, daß die Alliierten klare
Daten und Bissen wollten. Die Konferenz hätte sonst
keinen Zweck mehr. Minister Dr. Simons erwidert sofort,
daß wir nach Lage der Dinge nie hätten annehmen können, daß
die militärischen Fragen an erster Stelle in Spa besprochen
werden würden. Es sei zweifelhaft, ob wir bis morgen vor-
mittag in der Lage sein würden, bestimmte Pläne vorzulegen.
Lloyd George erwiderte, man werde uns genügend Zeit
lassen und Ministerpräsident Delacroix setzte darauf die
nächste Sitzung auf Mittwoch 1/2 Uhr nachmittags fest.

Nach diesem Bericht, der uns vom Wolff-Bureau übermit-
telt wurde und also die Auffassung der Regierung widerspiegelt,
scheint diese überrascht zu sein, daß die Entwaffnungsfrage an
erster Stelle zur Verhandlung kam. Wir müssen schon gestehen,
daß uns diese Ueberraschung überrascht. Für niemand konnte
es nach den Waffenstillstands- und Friedensbedingungen und
nach den Verhandlungen, die seit einem Jahre darüber ge-
pflogen wurden, zweifelhaft sein, daß für die Alliierten die Frage
der Entwaffnung ein Kardinalpunkt des ganzen Friede-
nsvertrags ist. Es ist deshalb um so überraschender, daß der
Reichskanzler gesagt haben soll, in der Entwaffnungsfrage
keinen Plan zu haben. Wir sind überzeugt, daß in den wirt-
schaftlichen Fragen, wenn einmal die leidige Abrüstungsfrage
gevegelt ist, eine Verständigung leicht sein wird. Und die wirt-
schaftlichen Fragen sind für uns die wichtigsten. Wir könn-
en auch nicht behaupten, daß Lloyd George unrecht hatte, als
er auf das Gefährdement des Waffenbesitzes großer Bevölke-
rungsteile hinwies, wobei er ausdrücklich betonte, daß es dem-
gegenüber von geringer Bedeutung ist, ob die Reichswehr 100 000,
200 000 oder 300 000 Mann betrage.

Wenn man Herrn Fehrenbach und Herrn Simons zu-
billigen kann, daß sie noch keine Zeit gehabt haben, sich in die
Materie einzuarbeiten, so trifft dies nicht auf den Reichswehr-
minister zu. Dr. Gessler hat lange vor Spa erklärt, er würde
eher demissionieren als in die vertragsmäßige Herabsetzung auf
100 000 Mann einzuwilligen. Und nun soll er keinen Plan in
der Abrüstungsfrage haben? Oder will man wieder Prestige-
politik treiben? —

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

In der Vormittagssitzung der französischen Kammer vom
Dienstag begann die Beratung über das Budget der besetzten
Gebiete. Der sozialistische Abgeordnete Ury erklärte, man habe
gewünscht, daß die deutsche Regierung gefragt würde, was sie an
Materialien und Menschen liefern könne. Auf alle Fälle hätte
sie sofort Arbeitskräfte beschaffen können. Der Abgeordnete
Zerall rief dazwischen: Die sozialistischen Abgeordneten haben
gegen die Verwendung deutscher Arbeitkräfte protestiert. —

erwiderte: Nur gegen die Verwendung von Krlegsgefangenen. Hierauf erklärte Soucheur, die sozialistische Partei der ehemaligen Kammer habe die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte nicht zulassen wollen. (9) Er habe sich mit den Gewerkschaften in Verbindung gesetzt. Auch da habe er Proteste erhalten, namentlich von Seiten der Bauarbeiter. Außerdem habe die Bevölkerung erklärt: Jetzt, nachdem wir von den Deutschen befreit sind, wollen wir sie nicht wieder aufs neue aufnehmen, besonders, wenn diese an allen Vorrechten der französischen Gewerkschaften teilnehmen wollten. Mir erwiderte, die französischen Arbeiter hätten, wenn es keine Arbeitslosen mehr gegeben hätte, mit ihren deutschen Kollegen zusammen gearbeitet. (Lebhafte Proteste.) Abgeordneter Escoffier erklärte, Mir spräche nur in seinem eignen Namen, und erwiderte: Ich stelle auf alle Fälle fest, daß wir von Deutschland weder Geld noch Menschen noch Material erhalten haben.

Aus diesen Verhandlungen, auf die wir zurückkommen werden, sowie uns genaue Berichte vorlegen, geht hervor, daß jetzt einer dem andern die Schuld an der Verschleppung des Weberaufbaues in die Schuhe schieben will. Nedenfalls ist der Schwindel, als habe Deutschland irgendwelche Schwierigkeiten gemacht, nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Politische Machenschaften in Ostpreußen.

Der Entscheidungskampf um das ostpreussische Abstimmungsgebiet rückt in greifbare Nähe und die Anzeichen mehren sich, daß für den 11. Juli von beiden Seiten lebhaft gerüstet wird. Die bei solchen Anlässen nicht mehr unbekanntem Uebergriffe der Besatzungsbehörden bleiben auch diesmal nicht aus. Die interalliierte Kommission in Allenstein hat in diesen Tagen durch ihre Kreisoffiziere verfügt, daß getrennte Wahllisten für die Abstimmung verwendet werden, indem in der einen die Stimmen der dortigen Bevölkerung, in der andern die der aus dem Reich hinzugezogenen Abstimmungsberechtigten gesammelt werden sollen. Dieses Verfahren, das auf politische Machenschaften zurückzuführen ist, stellt einen groben Rechtsbruch der interalliierten Kommission in Ostpreußen dar, indem die Gleichheit der Abstimmung aus naheliegenden Gründen gefährdet werden soll. Die deutsche Regierung hat daraufhin in Paris und London ernsthafte Vorstellungen erhoben und eine Protestnote abgesandt.

Die „Wosische Zeitung“ berichtet über Putzabsichten der Polen. Es sollen im Abstimmungsgebiet Urnen proviziert, und einzelne Orte militärisch besetzt werden, falls das Abstimmungsergebnis für Polen ungünstig ausfällt. In der Grenze seien nach vorgefundenen Befehlen Truppen bereitgestellt, aber auch verkleidete polnische Soldaten in größerer Zahl in West- und Ostpreußen verteilt.

Metallarbeiterstreik im Saargebiet.

Die in den Streik getretenen Metallarbeiter des Saargebietes veröffentlichten zur Erklärung ihres Vorgehens eine Uebersicht über den von ihnen im Mai verdienten Lohn. Danach bezog ein lediger Mann wöchentlich 178 Mark, ein Ehepaar 208 Mark, ein Ehepaar mit zwei Kindern 370 Mark. Die Erhöhung der Metallarbeiter, nicht hauptsächlich dagegen, daß sie halb so viel wie die in französischen Gebieten arbeitenden verdienen. Alle Versuche, die Unternehmer zu einer Lohnaufbesserung zu veranlassen, sind gescheitert. Die Metallarbeiter betonen ausdrücklich, daß es sich bei dem Streik nur um einen wirtschaftlichen Kampf handle und daß sie es strikte ablehnen müssen, wenn von politischen Drahtziehern der Versuch gemacht wird, die Bewegung in politische Fahrwasser zu leiten. Es ist anzunehmen, daß man von französischer Seite aus den Versuch machen wird, in den Störungen, die sich aus dem Streik ergeben werden, den Vorwand zu finden, um über das Saargebiet den militärischen Belagerungsstand zu verhängen. Der Deutsche Metallarbeiterverband fordert deshalb seine Mitglieder auch auf, Zusätze zu vermeiden und die Straße frei zu halten und sich nicht zu unbesonnenen Handlungen hinreißen zu lassen. Am Streik steht jetzt die gesamte Hütten- und Metallindustrie mit Ausnahme der Halberger Hütte. Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter haben in geheimer Abstimmung sich für die Fortsetzung des Streikes erklärt.

Rein bürgerliche Regierung in Bremen.

Seitdem am 6. Juni gleichzeitig mit der Reichstagswahl die Bremer Bürgerschaft neu gewählt wurde, besteht in Bremen Regierungstrife. Die alte Koalition, also Sozialdemokratie und Demokratie, verlor in der Neuwahl die Mehrheit. Die Sozialdemokratie erklärte sich daraufhin erneut zu einer

Regierung der sozialistischen Parteien bereit, die auch ohne die Kommunisten einige Mandate mehr hat als alle bürgerlichen Parteien zusammen. Die Unabhängigen haben aber die rein sozialistische Regierung abgelehnt. Sie fanden zwar Widerspruch in den eignen Reihen, und selbst die Bremer Kommunisten erklärten die Verhinderung der rein sozialistischen Regierung, die auf parlamentarischem Wege zu bilden war, durch die Unabhängigen als Arbeiterverrat. Die Unabhängigen würden in einer rein sozialistischen Regierung auf Grund des Wahlergebnisses ein starkes Uebergewicht gehabt haben. Trotzdem blieben die unabhängigen Führer bei der Ablehnung der sozialistischen Regierung. Senke erklärte ihre Aussichten für zu unklar.

Der Vorsitzende der unabhängigen Bürgerfraktion, Senatsyndikus Dr. Klönker, bis zum November 1919 eine Stütze des bremischen Achtklassen-Regiments, erklärte die gegenwärtige Reichsregierung und die ebenso demokratische neue bremische Verfassung für „zu große Hindernisse des revolutionären Wirtens“ in einer sozialistischen Regierung. Die Unabhängigen haben eben in Wirklichkeit noch eifrig zu lebhafter Erinnerung an den Vankrott ihrer Regierungstruppe in der bremischen Republik der ersten Revolutionsmonate, die bereits vor dem unglücklichen Einmarsch der Reichstruppen zu einem vollständigen Chaos geworden war.

Da unsere Partei mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen wollte, blieb nichts anderes übrig, als den bürgerlichen Parteien die Regierungsbildung zu überlassen. Volkspartei und Demokraten, die zusammen etwa 50 von 120 Bürgerfraktionssitzen haben, werden einen

rein bürgerlichen Geschäftsrat bilden. Der Sozialdemokratie, die das Ringlein an der Wage bildet, wird die Aufgabe zufallen, im Senat Proklamationen der Arbeiterfraktion und einen Abbau der Fortschritte seit dem November festzuhalten. Ihre Wirksamkeit ist aber dadurch gefährdet, daß

auf Grund des „Sieges“ der Unabhängigen ein besserer Senat nicht gebildet werden kann. Irgendeine Regierung muß aber zur Erledigung des Staatshaushaltsetats und der dringenden staatlichen und kommunalen Aufgaben gebildet werden.

Sind diese dringenden Aufgaben erledigt, so dürfte sich die Regierung der bürgerlichen Mehrheit kaum mehr halten und Neuwahlen rücken daher bereits wieder in nächste Nähe. Schon heute kann gesagt werden, daß dann die Unabhängigen die Quittung für ihr Verhalten bekommen werden, das trotz sozialistischer Mehrheit einer rein bürgerlichen Regierung unter volksparteilicher Führung in den Sattel half.

Coq demokratischer Präsidentschaftskandidat.

Für die Präsidentschaftswahl in Nordamerika scheidet Wilson als demokratischer Kandidat aus. An seiner Stelle präsentieren die Demokraten jetzt den Gouverneur Coq.

Der Aufstellung Coq ist ein schwerer Wettkampf mit seinen beiden hauptsächlichsten Mitbewerbern Mac Adoo und Palmer vorausgegangen, der über 40 Wahlgänge nötig machte. Mac Adoo marschierte bei den ersten Abstimmungen an der Spitze, während Coq, der ursprünglich ganz im Hintertreffen stand, von Abstimmung zu Abstimmung mit seiner Stimmengahl aufrückte und schließlich Mac Adoo überflügelte. Bei der 30. Abstimmung gelang es Mac Adoo, noch einmal, einen knappen Vorsprung vor Coq zu erhalten, den er bis zum 26. Wahlgang auf 809 Stimmen gegen 877 für Coq vergrößerte. Palmer erhielt nur noch 241 Stimmen. Da immer noch kein Kandidat die absolute Mehrheit hatte, mußten weitere Abstimmungen folgen, in denen schließlich Coq gesiegt hat. Das Schlussresultat verfiel nach einer Reitermeldung folgendermaßen: Die Zahlen bei der 48. Abstimmung waren: Coq 518, Mac Adoo 410, Coq wurde um 1 Uhr 40 Minuten morgens bei der 44. Abstimmung durch Zuruf zum Kandidaten nominiert.

Steuerabzug.

Die Schatten der für heute nachmittag 5 Uhr in Berlin angelegten Niejenzunahme gegen die Leistung und gegen den Steuerabzug sowie gegen die Arbeitslosigkeit machen sich im Reichstag bemerkbar. Ein beschleunigter Antrag aller Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, trägt dem berechtigten Unwillen Rechnung und ver sucht wenigstens einige der schlimmsten Härten aus jenem überhäufeten Gesetzentwurf auszumergen. Der objektive Betrachter unserer Steuererhebung, der noch immer den Begriff auf die Kriegsgewinne, auf den Vermögenszuwachs, und auf die Erbschaft in entsprechendem Ausmaß vernimmt, kann sich nicht so ganz mit den optimistischen Ausführungen des Berichterstatters einverstanden erklären. Allerdings ist die Haltung der Unabhängigen zu dieser Frage noch weniger konsequent, denn das Gesetz bedeutet immer eine Verbesserung, ganz besonders in seiner Neuauflage der starken, progressiven Steigerung des Abzugs. Und ausgerechnet gegen diese Bestimmung laufen sie besonders Sturm.

Man spricht über dies und spricht über das — und denkt an Spa. Zur rechten Zeit kommt ein Telegramm des Reichsfinanzlers und empfiehlt in etwas verbedenkten Worten dem Reichstagspräsidenten die Vertagung des hohen Hauses. Genosse Lbbe, froh ob dieser Anregung, kommt ihr gern nach, fühlend, daß im leibigen Augenblick alles Neben und alles Wollen und alles Handeln nur recht relativen Wert hat, und daß das deutsche Volk zur heutigen Stunde nur eine Frage kennt: Spa.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung. Berlin, 6. Juli, 3 Uhr.

Auf Anfrage des Abg. Sed (Soz.), ob der Regierung die im „Vorwärts“ vom 6. März mitgeteilten Tatsachen über enorme Ueberpreise der großen Eisen- und Stahlindustriellen während des Krieges bekannt seien, erwiderte der Regierungsvorsitzende, daß eine Kommission im Oktober 1919 die Angelegenheit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgelegt hat.

Präsident Lbbe macht hierauf Mitteilung von einem Telegramm des Reichsfinanzlers, das die Minister Dr. Heinze und Geßler nach Spa beruft. Der Vorkommensauschuß hat daraufhin beschlossen,

die Beratungen des Reichstags zu unterbrechen und erst nach Abschluß der Verhandlungen in Spa wieder aufzunehmen.

Das Haus erklärt sich damit einverstanden. Die Besprechung der Interpellationen wird abgesetzt und es kommt zunächst ein schleuniger Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen zur Verhandlung, der eine

Ergänzung zum Steuerabzug vom Arbeitslohn

bringt. Danach hat bei ständig beschäftigten Arbeitnehmern der Steuerabzug im Falle der täglichen Berechnung des Arbeitslohnes der Abzug für 5 Mark, im Falle wöchentlicher Berechnung für 30 Mark und im Falle monatlicher Berechnung für 125 Mark zu unterbleiben. Außerdem erhöht sich der abzugsfreie Betrag für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person im ersten Fall um 1,50 Mark, im zweiten um 10 Mark und im dritten Fall um 40 Mark. Ferner wird bestimmt, daß eine starke Staffelung für den Abzug Platz greift, die bis 30 000 Mark 15 Prozent und so weiter bis bei 1 Million 55 Prozent beträgt.

Abg. Alletto (Zentr.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme des Gesetzentwurfs in der Kommissionsfassung.

Abg. Gishorn (Unabh. Soz.): Der Regierung ist bekannt, daß wegen des Steuerabzugs schon Streite ausgebrochen sind und weitere bevorstehen; für all dies trägt die Regierung die Verantwortung, die dieses Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter erlassen hat. (Sehr richtig) h. d. Unabh. Soz.) Der vorliegende Antrag bedeutet nicht eine Reform, er ist nichts anderes als der Versuch einer Verschleppung und deshalb lehnen wir ihn ab. Wir verlangen Aufhebung der gesamten Bestimmung über den Steuerabzug. (Beifall h. d. Unabh. Soz.)

Abg. Braun (Franken, Soz.): Aus den Ausführungen des Herrn Korredners ergibt sich, daß in der Unabhängigen Partei zwei Richtungen sind, eine, die den heutigen Entwurf ablehnt, und die andre, die ihn

im Ausblick angenommen

hat. (Hört, hört!) In diesem Gesetzentwurf wird eine Reihe von Fortschritten gegenüber dem bestehenden Gesetz geschaffen. Ganz besonders ist die Ungerechtigkeit beseitigt, daß der Abzug in gleicher Höhe bis zu den höchsten Gehaltsstufen erfolgt, dies ist durch eine starke Progression, die bis zu 55 Prozent steigt, jetzt abgeschafft worden. (Beifall h. d. Soz.)

Die Abg. Düwell und Ziegler (Unabh. Soz.) bestreiten, als Ausschüßmitglieder für den Gesetzentwurf eingetreten zu sein: Abg. Riedmüller (Soz.) befragt die Ausführungen des Abgeordneten Braun. Ebenfalls Abg. Meßer (Dt. Vp.).

In der Abstimmung wird die Vorlage in allen drei Lesungen angenommen, gegen die Stimmen der Unabhängigen. Es folgt die Diätenvorlage für die Mitglieder des Reichstags. Sie sollen eine monatliche Entschädigung von 1500

Mark erhalten; für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Sitzung ferngeblieben ist, werden 50 Mark davon abgezogen.

Abg. Spahn (Zentr.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme des Gesetzentwurfs in der Kommissionsfassung.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Wir sind gegen den Abzug, da dies eine Strafbestimmung für die Volkstretter wäre. Wir werden deshalb gegen das Gesetz stimmen.

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Meistbegünstigung wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Es folgt der Entwurf eines Gesetzes über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft. Danach wird die Regierung ermächtigt, einen Ausschüß von 24 Mitgliedern einzusetzen, der in Abwesenheit des Reichstags die notwendigen Gesetze verabschiedet.

Abg. Frau Bieg (Unabh. Soz.): Wir sind dagegen, daß einer Kommission so weitgehende Vollmachten eingeräumt werden. Wir verlangen, daß alle wichtigen Entwürfe dem Plenum vorgelegt werden.

Die Abg. Ledebour und Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.) erheben Einspruch gegen die Vornahme der sofortigen dritten Beratung.

Der Präsident bittet um die Ermächtigung, die nächste Sitzung und deren Tagesordnung selbst zu bestimmen.

Dann gebt der Präsident in warmen Worten der am nächsten Sonntag stattfindenden

Preussische Landesversammlung.

Nach rascher Erledigung einer großen Zahl kleiner Anfragen und Vorlagen trat die Landesversammlung am Dienstag in die

Beratung des Haushaltsplans für 1920

ein. Die Demokraten hatten allerdings debattierlose Verweisung an den Ausschüß beantragt. Unsere Genossen und mit ihnen die Unabhängigen und die deutschnationale Opposition wollten jedoch das wichtigste Gesetz nicht so langsam und langsam vorbegeben lassen. Genosse Siering war der Meinung, daß die Verhandlungen von Spa darunter nicht leiden würden, sondern eher gefördert werden, wenn der Wille des deutschen Volkes zum Frieden und gegen die Kriegsschuld in den Verhandlungen zum Ausdruck kommt. Nach diesem Widerspruch konnte der auch vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei unterstützte Antrag nicht zur Abstimmung gelangen und man trat in die Erörterung ein.

Zunächst gab Finanzminister Genosse Lüdemann eine Uebersicht über den Haushalt, die ein

kräftiges Bild von der Finanznot Preußens gab. Einnahmen und Ausgaben sind von 9,8 Milliarden im Vorjahr auf 5,8 Milliarden zurückgegangen, da verschiedene Verwaltungen in Mangel gekommen sind. Seit Aufstellung des Haushaltsplans ist jedoch der Geldbedarf gestiegen, da verschiedene Ausgaben dazugekommen sind. Daher sind neuerdings noch wieder 2 Milliarden Ausgaben dieses Jahres ungedeckt. Der Finanzminister stellt daher der Zukunft recht sorgenvoll entgegen.

Genosse Wolf gab zunächst die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten nicht für die Auflösung der Landesversammlung zu haben seien, weil diese ihre Aufgaben noch nicht gelöst hat. Im übrigen hat ja das Wahlergebnis kaum etwas geändert. Wolf setzte sich energisch gegen den Abbau der Zwangsverwaltung und den Abbau der Löhne ein und stellte die Mitarbeit der Sozialdemokraten in allen politischen Fragen in Aussicht, aber stets im Gegensatz zu den Vertretern von rechts und links.

Die Vertreter der Mittelparteien, der Zentrumsmann Miel (Kulda) und der Demokrat Dominicus beklagten sich sehr der Kürze, im allgemeinen beantragten sie sich mit einem Hinweis auf die jämmerliche Finanzlage. Selbst die deutschnationalen schickten einen Mann von ihrem gemäßigten Flügel, Herr v. d. Osten, vor. Nachdem noch der Unabhängige Ludwig gegen Fiksel, Epitelwirtschaft und Massenjustiz gewettert hatte, wurde die Beratung für heute abgebrochen und eine ganze Reihe kleiner Vorlagen erledigt.

Zum Schluß der Sitzung gab Präsident Leinert eine geharnischte Erklärung gegen die „Deutschnationale Korrespondenz“ und die „Deutsche Tageszeitung“ ab, die ihm ganz unregelmäßig den Vorwurf gemacht haben, er habe die Arbeitsordnungen verschleppt. Diese Erklärung kam noch zu rechter Zeit, um den deutschnationalen ihren Fischzug gegen die Beamtenwesen zu verhindern. Am Mittwoch soll die Staatsbehalte zu Ende geführt werden.

Reichsarbeitsministers Beichte.

Auf dem Sterbebett hat der Mensch nicht selten das Bedürfnis, sein Gewissen zu erleichtern. Das will auch ich auf meinem Ministersterbebette tun. Dabei beschränke ich mich auf vier Verbrechen, die seit Wochen die Öffentlichkeit beschäftigen und auch im Wahlkampf eine Rolle spielen:

1. Verbrechen: Der Reichsarbeitsminister Schilde hat die gelben Organisationen anerkannt.

Tatbestand: Ein Verband, der Bund der Bäcker- und Konditorgesellen, hat von mir auf seine Vorstellung hin die Mitteilung erhalten, daß ich meine frühere Auffassung, wonach er kein Verein zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sei, nicht mehr aufrechterhalten kann. Genannter Bund hatte seine Satzungen umgeändert, in dieser die Streifenunterstützung eingeführt, selbständige Tarife abgeschlossen und von den freien Gewerkschaften abgeschlossen für sich als bindend angenommen. Er erhielt auch keine Zuwendungen mehr von den Arbeitgebern. Änderung dieser meiner Stellung wurde von mir zugesagt, wenn mir der angebotene Beweis, daß die Umstellung des Bundes nur Schein sei, erbracht würde. Das ist nicht einmal versucht worden.

2. Verbrechen: Der Reichsarbeitsminister Schilde hat einen Erlass herausgegeben, wonach Arbeitgeber Arbeitnehmern die sie infolge Arbeitsmangels und nach Verfüzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 24 Stunden entlassen haben, später, nach Wegfall der Entlassungsgründe, nicht wieder einstellen müssen.

Tatbestand: Kein Erlass, sondern Antwort auf eine vom Leipziger Prinzipalverein im Buchdruckgewerbe gestellte Anfrage, ob eine gesetzliche Bestimmung besteht, wonach der Arbeitgeber zur Einstellung verpflichtet sei. Antwort: Eine solche gesetzliche Bestimmung besteht nicht. Auch die Arbeitnehmervertreter könnten eine solche Bestimmung in der Verordnung nicht ausfindig machen.

3. Verbrechen: Der Reichsarbeitsminister Schilde hat die bisherige Uebung in bezug auf die Regelung des Lehrverhältnisses durch Tarifverträge verlassen.

Tatbestand: Das Reichsarbeitsministerium hat nach wie vor Tarifverträge und Vereinbarungen zustande gebracht und

Provinz und Umgegend.

Parteinachrichten.

Diesdorf. Arbeiter-Jugend. Am Donnerstag abend 8 Uhr...

Kreis Wanzleben.

Vertragsbruch durch das Bauamt.

Vom Verband der Gemeindeführer wird uns geschrieben: Für die Straßenwärter im Meißnerbezirk Magdeburg...

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 7. Juli. (Eine Zusammenkunft) von Konsumenten, Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten...

vom Sonntag zum Montag gefahren können. In der Grabfelder Straße ist man damit beschäftigt, die Masten der elektrischen Leitung zu versehen.

Gertwitz, 7. Juli. (Verderb die). Der Arbeiter Biller stahl dem Grafen von Wittenleben zwei Vollkulturen im Werte von 60 000 Mark...

Kreis Quedlinburg-Wiederleben-Ralbe. Darby, 7. Juli. (Um einen Sachbesen). Der minderjährige Willt Sch. und der Arbeiter Willt H. stahlen gemeinsam einen Sachbesen...

Quedlinburg, 7. Juli. (Den Arm abgefahren). Ein bedauerlicher Unfall hat sich bei der Einfahrt des Morgenpauas aus Wallenstedt vor dem Bahnhof ereignet.

Stauff, 7. Juli. (Die hohen Obst- und Gemüsepreise) haben in unserm Orte noch nicht zu Unruhen geführt. Die Stadtverwaltung hat auch rechtzeitig vorgegriffen...

Kreis Stendal-Osterburg. Stendal, 7. Juli. (Aus Siebestumme) schoß sich der Schmied Wangelstorff aus Vochel eine Revolverkugel in die Schläfe.

Die schweren Einbrüche in das Staatsarchiv zu Charlottenburg, die im Februar und März verübt wurden, konnten jetzt durch die Kriminalpolizei aufgelklärt und die Täter verhaftet werden.

Die schweren Einbrüche in das Staatsarchiv zu Charlottenburg, die im Februar und März verübt wurden, konnten jetzt durch die Kriminalpolizei aufgelklärt und die Täter verhaftet werden.

Die schweren Einbrüche in das Staatsarchiv zu Charlottenburg, die im Februar und März verübt wurden, konnten jetzt durch die Kriminalpolizei aufgelklärt und die Täter verhaftet werden.

rechtzeitig stehen konnte, legte sich Platt auf einen hohen Schrank im Archiv, während die Wächter alle Räume durchsuchten.

Fahrradbrand im Reichstagsgebäude. Wenige Minuten vor 2 Uhr nachmittags brach am Dienstag im Reichstagsgebäude in Berlin Feuer aus.

Ein Balken-Leutnant als Kirchenwächter. Vor der Strafkammer in Reiche (D.S.) hatte sich der feldherr Leutnant G. wegen schweren Kirchenraubes zu verantworten.

Vor den Augen seiner Mutter überfahren. Eine herzerregende Szene spielte sich am Dienstag abend in Berlin-Mitte-Moabit. Eine Postwirtschafterin, die dort ihren Arbeitsplatz hatte, wurde beim Überfahren ihres Kindes von der fahrenden Straßenbahn und wurde beim Überfahren ihres Kindes von der fahrenden Straßenbahn...

Wasserstände. Tabelle mit Wasserständen in verschiedenen Orten wie Dardubitz, Brandeburg, etc.

Wettervorhersage. Donnerstag den 8. Juli: Ziemlich heiter, sehr warm, bis auf lokale Gewitter trocken.

Hühneraugen? Da hilft nur Kufiro!, das schnell und sicher wirkende Mittel. Auch gegen Hornhaut, Wunden und Warzen mit bestem Erfolg anzuwenden.

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Julien. Nachdruck verboten. (13. Fortsetzung.)

15. Kapitel.

Unter dem Schutze der freien Luft. Eines Tages, gegen Ende Februar, fragte ihn der Sergeant, ob er sich vielleicht auf Gemüsegärtnerei verkenne.

Rappeln und Gärten verlegt, die breiten Fluten der Garonne glitzern sah. G. Peroux, Jardinier, war auf einem Schilde zu lesen, das auf einem eisernen Gitter angebracht war.

Der Schmerz überwältigte sie, und sie brach in Tränen aus, sagte sich jedoch schnell und sagte: „Entschuldigen Sie mich, aber ich kann es nicht überwinden.“

auch für allgemein verbindlich erklärt, in denen das Verhältniß geregelt wird. Dies geschieht heute noch. In einem Falle hat das Reichsarbeitsministerium einen Tarifvertrag für allgemein verbindlich erklärt, haben aber die Bestimmungen über die Regelung der Lehrlingsfragen ausgenommen. Allgemeinverbindlichkeit nach Gesetz nur zulässig, wenn Tarifverträge für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben. Diese Frage war für die ausgenommenen Bestimmungen zu verneinen.

4. Verbrechen: Nach dem Bericht der „Freiheit“ über den Verbandstag der Buchdrucker trägt der Reichsarbeitsminister Schilde die Schuld, daß bei den Schlichtungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium für die Buchdruckergehilfen nicht mehr herausgesprungen ist.

Tatbestand: Der Reichsarbeitsminister hat bei den Streitigkeiten der Buchdrucker, wie bei allen andern, in die sachliche Erledigung überhaupt nicht eingegriffen, sondern sich lediglich darauf beschränkt, den Schlichter zu ernennen und, wenn es gewünscht wird, das Tempo der geschäftlichen Erledigung zu bestimmen.

Nach dieser Darstellung glaube ich erleichterten Herzens zu der großen Armee (erledigter Minister) abreifen zu dürfen.

Berlin, den 18. Juni 1920.

Alexander Schilde.

Mara Zettin — Mara Sundel.

Die Wahl von Mara Zettin wird von den Parteien der Rechten angefochten. Die Gründe sind recht fadenförmig. Es wird eingewandt, daß der bürgerliche Name nach ihrer Verheiratung Frau Mara Sundel lautet, und Zettin nur der Schriftsternname sei. Seit dreihundert Jahren führt Mara Zettin ihren Namen, nur unter diesem Namen ist sie bekannt. Es gibt in Preußen nur eine Mara Zettin, und kein Wahlberechtigter könnte im Zweifel sein, wer darunter gemeint ist. Gegen diese Schriftname haben alle ehelichen Mütter protestiert.

Kein Recht dazu haben aber die Unabhängigen. Denn sie haben selbst diese Methode, die sie jetzt benutzen, schon in Anwendung gebracht. Als unser Genosse Fritz Esser, Ingenieur in Göttingen, unter diesem Namen in den Göttinger Landtag gewählt wurde, da wurde die Wahl von den Göttinger Unabhängigen angefochten — weil Esser mit dem Vornamen Gottfried im Taxiregister eingetragen war und nicht mit dem Rufnamen Fritz. Trotzdem Esser mit diesem Namen öffentliche Urkunden unterschrieb, ein anderer Esser in Göttingen überhaupt nicht existierte, fand sich doch ein Wahlprüfungsausschuß — allerdings im unabhängigen Göttingen —, der die Wahl bestätigte. Natürlich nicht aus Parteipolitik, aber mindestens aus unerbittlichem, „kleinbürgerlichem“, dogmatischem Formalismus. Was du nicht willst, daß man dir tu...

Der Rappisten-Bürgermeister von Oranienburg, Herr von Damm, wird der Beschuldigung, daß er zum Zweck eines unabhängigen Stadtratsvorsitzens aufgefressen zu haben, ist vom Rente suspendiert und ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden.

Neue Todesurteile gegen Arbeiter. Das Schwurgericht in Braunschweig hat weitere vier Arbeiter zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt, die drei ersten sind aus dem Zuchthaus entlassen. Der angeklagte Fritz Stöckel wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Zwei weitere Angeklagte erhielten 20 Jahre Zuchthausstrafe und ein anderer 12 Jahre.

350 deutsche Kriegsgefangene in Frankreich. In Frankreich befinden sich noch 350 deutsche Kriegsgefangene, die im Lager Avignon zurückgehalten werden. Der größte Teil davon wird zu land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten verwendet und ihr Befinden soll, nach französischer Quelle, nicht elend sein. Deutsche Delegierte sollen in nächster Zeit das Lager Avignon besuchen und dem Präsidenten der Republik Delegationen in die Hände geben, um die Befreiung der Gefangenen zu erwirken. Der größte Teil der Gefangenen wird freigelassen werden.

Frankosen und dritte Internationale. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat seinen Vertretern C. G. L. und K. L. L., die sich in Moskau aufhalten, auf ihr telegraphisches Verlangen die Berechtigung erteilt, dem Kongress der dritten Internationale in Moskau konsultativ (beratend) beizuwohnen.

Neue Vorkämpferoffensive. Die Vorkämpfer haben die erwartete Offensive an der Nordfront nördlich der Bahn Mosdetschno-Polozk begonnen. Fünf Divisionen, Tanks und Panzerzüge wurden gegen den Durchgang zwischen dem Meer südlich von Schadow und nördlich der Bahn angeführt. Der Durchbruch des ersten Vorstoßes wurde verhindert.

Der Dordrecht-Voyant. In der am 4. Juli in Brüssel abgehaltenen Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde der Bericht des Sekretärs des Bundes über die in Wien wegen Verlegung des Voyants gegen Ungarn geführten Verhandlungen ausgelesen. Es wurde beschlossen, den Voyant in die Reihen der kommunistischen Organisationen in Verbindung zu treten.

Berurteilte Magdeburger Zuckerstieher.

Das Schwurgericht verurteilte gestern den Rangierer Friedrich Sabrowski, der sich neben zwei andern Angeklagten wegen einer vollendeten und dreier versuchter Zuckerstiebung von je einem Waggon zu 800 Zentnern Zucker zu verantworten hatte zu 4 Jahren Gefängnis. Wegen Beihilfe erhielt der Wagenführer Rudolf Bach 6 Monate Gefängnis. Von den übrigen Angeklagten wurde der Güterbodenarbeiter Urdt freigesprochen. Dagegen wurden wegen gewerbmäßigen Schlechthandels verurteilt: der Schankwirt Bartelt zu 8 Jahren Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe, Konrad Jekel zu 6 Monaten Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe, seine Ehefrau zu 8 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, der Schankwirt Gollapfel zu 9 Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe, der Händler Hohmann zu 1 Jahr und 8 Monaten Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe. Diese fünf sind Schönebecker.

Ferner wurden verurteilt der Kaufmann Hans Milinowski (Berlin) zu 6 Monaten Gefängnis und 80 000 Mark Geldstrafe; der Schmied Carl Hoffberg zu 9 Monaten Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe; der Brauer Max Jauß (Charlottenburg) zu 2 Jahren und 30 000 Mark Geldstrafe; der Handlungsgehilfe Felix Deutscher (Magdeburg) zu 6 Monaten und 10 000 Mark Geldstrafe.

Der Postsekretär Friedrich Kirchner (Berlin), der einen Waggon für 192 000 Mark für Rechnung des Postfachamts Berlin angekauft hatte, wurde wegen Vergehens gegen die Verordnung über den Zuckerhandel zu 800 Mark verurteilt.

Notizen.

Eine Rundgebung der Berliner Arbeitslosen. Im Lustgarten fand am Dienstag nachmittag eine große Rundgebung gegen die Arbeitslosigkeit statt. In verschiedenen Stellen des Platzes sprachen zwölf Redner der S. P. D., der U. S. P. D. und der F. P. D. Es wurde eine längere Entschliessung angenommen, in der folgende Hauptforderungen gestellt werden: Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch Reich, Staat und Kommunen unter Kontrolle der Betriebs- und Arbeitslosenräte; Wiederaufnahme geeigneter, stillgelegter, lebenswichtiger Betriebe unter Kontrolle der Betriebs-, Arbeitslosenräte und Gewerkschaften; Aufrechterhaltung der Erwerbslosenfürsorge und Ausdehnung über 20 Wochen hinaus; Erwerbslosenunterstützung in einer Höhe, die der gegenwärtigen Leistung entspricht. Mit Ausnahme eines kleinen Zwischenfalls nahm die Rundgebung einen ruhigen Verlauf.

Streik in Niedersachsen. Die Belegschaften der Gruben in Waldenburg sind wegen Nichterfüllung ihres Wunsches auf Entsendung militärischer Beamter aus der Zeit des Kapp-Putsch in den Streik getreten. Es haben sich bereits mehrere andre Gruben angeschlossen, so daß ein allgemeiner Streik in den Gruben des niedersächsischen Kohlenreviers zu befürchten ist. Reichstagsabgeordneter Böfeler vom Reichskohlenverband ist vor den zuständigen Behörden ermächtigt worden, die Forderungen der Bergarbeiter zu prüfen und eventuell den Streik zu schlichten.

Reichsrat und Militärgerichte. In der gestrigen Sitzung des Reichsrats wurde der Vorschlag über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit nach dem Ausschussbeschlusse angenommen. Der Reichsrat hielt an einer eigne Vorlage fest, obwohl vom Reichstag bereits ein entsprechender Initiativantrag eingebracht worden ist, der gegenwärtig der Ausschussberatung unterliegt.

Der belgische Geschäftsträger abberufen. Der belgische Geschäftsträger in Berlin Graf de Gerodde de Denteryghem ist abberufen worden.

Depeschen.

Kampf zwischen Griechen und Italienern. In Amsterdam, 7. Juli. Wie die „Times“ aus Smyrna meldet, kam es südlich von Smyrna zu einem Zusammenstoß zwischen italienischen und griechischen Truppen, als die Griechen zweistellungen innerhalb der italienischen Linien besetzten. Die Italiener forderten die Griechen auf, die Stellungen zu räumen, und eröffneten, als dies nicht geschah, das Feuer. Die Griechen antworteten, auf beiden Seiten gab es Verluste.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Bekanntmachung.

Betreffend Lieferung von Kohlen.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Marke 2 der Kohlenkarte für 1920/21 am 15. Juli 1920 und Marke 3 am 31. Juli d. S. außer Kraft treten. Den Haushaltungen empfehlen wir deshalb, die auf diese beiden Marken festgelegenen Kohlen möglichst sofort von den Kohlenhandlungen abzuholen oder sich dieselben aufahren zu lassen, zumal angenommen ist, daß die Kohlenpreise infolge des in Vorbereitung befindlichen Steuererlasses später wieder erhöht werden.

Die jetzt gelieferten Kohlen sind für den Winter aufzubewahren, da auch im kommenden Winter mit einer großen Kohlenknappheit gerechnet werden muß.

Magdeburg, den 6. Juli 1920. Der Magistrat.

Badefappen

in größter Auswahl
von Mt. 1.50 an.

Hugo Mehob

Johannisbergstraße 2.

Zu 1 Stunde vertilgt.

Läuse

Vertilgungsmittel in konzentrierter, flüssiger Form.

Hofapotheke

Breiteweg 158.

Wanzen

Vertilgungsmittel in konzentrierter, flüssiger Form.

Hofapotheke

Breiteweg 158.

Blutarmut!!!

Bei Fleischmangel, Nervosität, Schwäche ist Drophat (Eisen-Diangan-Glycerinphosphat mit Lecithin) ein geschätztes Nahrungsmittel für jung und alt.

1589

Hof-Apotheke, Breiteweg Nr. 158, am Kirchhof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

— Verwaltung Magdeburg. —

Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3. I. — Geschäftszeiten: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr. 143 — Sonntags geschlossen. — Telefonruf 1912.

Donnerstag, 8. Juli, pünktlich 4 1/2 Uhr, in der „Freiheitslust“, Leipziger Str. 62

Blusen

große Posten zum Aussuchen
von 25.00 Mark an

Meisters Gelegenheitsläufe

33 Fischlerstraße 33 (2653)

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Magdeburg

hält folgende Versammlungen ab:

Freitag nachm. 4 1/2 Uhr im Diamantbau, Berliner Str. sämtliche in der Metallindustrie beschäftigten Holzarbeiter.

Tagesordnung: Beschlusfassung über den Schiedspruch.

Sonntag vormittag 11 Uhr bei Holz, Fischlerstr. 22, sämtliche Lehrlinge der Schutzverbandswerkstätten.

Montag nachmittag 4 1/2 Uhr in der Burghalle, Fischlerstr. 28, die Betriebsräte der Ristenfabriken und Schneidemöhlen.

Montag abend 7 1/2 Uhr in der Burghalle, Fischlerstr. 28, die Rorbmacher.

Wanzen

Vertilgungsmittel in konzentrierter, flüssiger Form.

Hofapotheke

Breiteweg 158.

Zurückgekehrt

Dr. Moses, Große Drosdorter Straße 226.

Erich Blume

Fußballklub-Regim. 4 (Ende) 1. Batterie, in der Champagne bei St. Marie-aux-Mines (1572) vermisst.

Ich bitte diejenigen seiner Kameraden, auch die von anderen Bataillonen, welche über seinen Verbleib oder Tod irgend etwas wissen, mit Mitteilung zu versehen. Auch unsere guten Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten herzlichsten Dank. Ganz besonders den mitnehmen Mitarbeitern und den Brüdern der Magdeburger Hauptbahnhof, dem Gesangsverein Harmonie für den ergebenden Gesang und den Bewohnern des Hauses Wolfenbüttelei Straße 9. 2756

Dankfagung.

Ich habe mich in Magdeburg, Bismarckstr. 27, II. als blochem. Arzt niedergelassen. Sprechzeit 8-11 und 3-5 Uhr. Sonntags 9-11 Uhr.

Dr. med. C. Freese

prakt. blochem. Arzt.

Große Vertrauensmänner - Sitzung

(Kartelldelegierte, Bezirksleitungen und Betriebs-Vertrauensmänner)

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Die Verwaltung.

Achtung, Ortsverwaltungsmitglieder! Am Freitag abend pünktlich um 6 Uhr im Bureau Abrechnung. 143

Aufbau u. Werden

Gesellschaft f. prof. Volkserziehung Berlin

Am Donnerstag den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr, spricht in Friedrichs Festsaal (großer Saal) Herr Otto Pertz

— Sekretär der deutschen Arbeitervereine Petersburg —

Rußland u. die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Freie Aussprache. 2754 Freie Aussprache. Zur Deckung der Entlohnungen werden 0.50 Mt. Eintrittsgebühr erhoben.

Unser 27. Stiftungsfest

findet am Sonntag den 17. Juli in Bremer's Konzert- und Ballhaus statt. Das Fest beginnt nachmittags 4 Uhr im großen Garten mit nachfolgendem Ball in den beiden großen Sälen unter glänzender Leitung des Musikvereins. Konzert- und Ballmusik wird von philharmonischen Orchester unter Leitung seines Dirigenten Herrn Urdt ausgeführt.

Karten hierzu sind bei den Kassieren und im Bureau zu haben. — Die Lebrlinge erhalten Karten im Bureau Große Strichstraße 7. 165

In diesem Lokal ist für etwa 4000 Personen Raum und infolge dessen wird jeder Platz finden.

Sämtliche Bezirksvereine werden diesen Monat aus. — Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Verwaltung.

Polsterarbeiten

werden noch angenommen zu soliden Preisen. 2747

Schlafzimmer

nachher poliert

Rüchen-Einrichtungen

sehr billig

Jürgens, Große Mühlstraße 17

Wasserglas

Horn, Rasse, Wilhelmstraße 11

Verlobungs-Karten

empfehlen

Buchh. Volksstimme

Gegen unreines Blut!

Segrega-Pillen

Hof-Apotheke,

Breiteweg 158, am Kirchhof.

Zahn-Praxis

F. Ansorge

staatl. exam. Chir. 2745

Große Mühlstraße 1, I. Sprechst. 9-1, 8-6, Sonntags auf vorherige Anmeldung.

Kopfläuse

samt Brut vernichtet Kosent

Hofapotheke

Breiteweg 158.

Möbel

Speisezimmer
Korridor
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Küchen, zeitl. u. laffert verkauft preiswert

Karl Dittmar

1626 Tischlermeister
Tischlerstr. 25/26

Ausgezeichnete

Möbel-Jürgens
Gr. Mühlstraße 17.

Kratze

wird unter Garantie in drei Tagen mit echter Kratze „Pura“ geholt. Geruchlos ohne Benetzung. Paket f. Kinder M. 4.50, f. Erwachsene M. 5.50, f. Eltern M. 12.50. Doppelpackung M. 24. — Lada-Blutreinigungstee-Pak. M. 3.50, 5.50 und 10.50. Allein echt durch: Drogerie Bismarck, Hassenbachplatz, u. Drogerie Schröder, Burgstr.

Zurückgekehrt

Dr. Moses, Große Drosdorter Straße 226.

Erich Blume

Fußballklub-Regim. 4 (Ende) 1. Batterie, in der Champagne bei St. Marie-aux-Mines (1572) vermisst.

Ich bitte diejenigen seiner Kameraden, auch die von anderen Bataillonen, welche über seinen Verbleib oder Tod irgend etwas wissen, mit Mitteilung zu versehen. Auch unsere guten Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten herzlichsten Dank. Ganz besonders den mitnehmen Mitarbeitern und den Brüdern der Magdeburger Hauptbahnhof, dem Gesangsverein Harmonie für den ergebenden Gesang und den Bewohnern des Hauses Wolfenbüttelei Straße 9. 2756

Dankfagung.

Ich habe mich in Magdeburg, Bismarckstr. 27, II. als blochem. Arzt niedergelassen. Sprechzeit 8-11 und 3-5 Uhr. Sonntags 9-11 Uhr.

Dr. med. C. Freese

prakt. blochem. Arzt.

Dankfagung.

Ich bitte die aufrichtigen Teilnehmer beim Singen unsern lieben Entschlafenen sage ich allen sowie Herrn Doktor Wörb für die großzügigen Worte herzlichsten Dank. 2752

Frau Therese Neys

geb. Günther.

Arbeitsmarkt

Dachdecker und Arbeiter

steht ein bei hohen Lohn und dauernder Beschäftigung

Schulze Nachf. E. Loebel, Dachdeckermeister, 1569

Seehausen (Kr. Wl.) Rosmarinstr. 4

Städtisches Arbeitsamt

Vermittlungsgesellschaft für Hausangehörige

Breiteweg 86 L. Fernr. 7788.

Stellung suchen: 4 Putz- und Stadtmannsells 2 Brauereien 4 Bodenpflanzern 10 Wirtschaftlerinnen für einzelne Herren. 135

Vermittlungsgesellschaft.

Lange & Münzer

Breitweg 51/52

Wäsche und Baumwollwaren

zu billigen Preisen.

Damen-Hemden 28⁵⁰
Reformschnitt, mit Langette

Damen-Hemden 36⁵⁰
Vorderschluß, mit Langette

Damen-Hemden 39⁵⁰
Achselanschluß, mit Langette

Damen-Hemden 49⁷⁵
Reformschnitt, mit Stückerel-Ansatz

Buntbedruckter Voile 13⁵⁰
130 cm breit Meter

Ein Posten **Damen-Beinkleider** 19⁵⁰
Knieform, mit Stückerelansatz

Damen-Beinkleider 29⁵⁰
Knieform, mit Stückerelvolant

Damen-Beinkleider 34⁵⁰
Knieform, mit Stückerelansatz

Damen-Untertailen 12⁵⁰
aus breiter Stückerel

Damen-Untertailen 13⁷⁵
aus breiter Stückerel, m. Banddurchzug

Damen-Untertailen 15⁵⁰
aus Batist, mit Stückerel-Ein- u. Ansatz

Damen-Untertailen 17⁵⁰
Hemdentuch, m. Stückerel-Ein- u. Ansatz

Handtücher 5⁵⁰
grau, mit Kante Stück 13.75 10.50

Bettbezugstoff 18⁵⁰
bunt karliert und gemustert Meter 24.50

Bett-Inlett 29⁵⁰
gestreift Meter

Köper-Barchent 24⁰⁰
weiß Meter

Ein Posten Kinderkleider 8⁵⁰
Größe 45 bis 55 cm

Ein Posten **Knaben- u. Mädchenhemden**
Größe 7⁵⁰ Größe 9⁷⁵
45 bis 60 cm 65 bis 80 cm

Ein Posten **Mädchen-Beinkleider**
Knieform, mit Spitze
Größe 9⁷⁵ Größe 11⁵⁰
35 bis 40 cm 45 bis 50 cm

Hemdentuche 12⁷⁵
in guten Qualitäten Meter 22.00 19.00 17.00

Rein Leinen für Kleider 9⁷⁵
Ill. Meter

Barchent 9⁵⁰
bunt gemustert, einseitig geraucht Meter

Waschkrepp 12⁵⁰
in 10 Farben Meter

Panorama-Lichtspiele

Heute letzter Tag
Die letzte Gala-Vorstellung
des **Zirkus Wolfson**

Sensationendrama in 6 Akten.
Unter andern folgende Sensationen:
? Der rätselhafte Affe Colli ?
Die große Zirkuspantomime.
Der Sprung aus 60 Meter Höhe.
Der Untergang des Zirkus Wolfson.

Das Gesicht im Spiegel
Reine erhöhten Preise.

Beginn der Vorstellung Sonntags 3 Uhr,
Wochentags 6 Uhr, Ende 10.45 Uhr.
Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr

Vogelgesang KONZERT

Heute Donnerstag
sowie jeden Sonntag

Städtische Theater.
Victoria-Theater.
Donnerstag, 8. Juli, 7 1/2 Uhr
Singspiel des Herrn Ludwig
Barg u. Frau Martha Schild-
Barg vom Schauspielhaus in
Bremen

Willis Frau.
Freitag zum erstenmal
Doris und ihre Männer

Stephansbollen
1586 das wirkliche
Volks-Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Restaur. Gustav-Adolf-Str. 30.
Jeden Donnerstag u. Montag
Gr. Preis-Stat
ff. Preise. 2708 Max Neumann.

Friedrich-Wilhelms-Garten

Heute Donnerstag
Großer Operettenabend
ausgeführt vom Philharmonischen Orchester
Leitung Kapellmeister Paul Wendt.
Anfang 7 1/2 Uhr. 1616 Anfang 7 1/2 Uhr.

Hofjäger
Heute Donnerstag
Gr. Kaffee-Konzert
ausgef. vom Philharm.
Orchester unt. persönl.
Leitung u. bel. Kapell-
meisters P. Arndt.

Täglich
abends 7.30 Uhr
Infolge d. gr. Erfolges
verläng. Gastspiel
der berühmten
Leipziger
**Seidel-
Länger**
Dir. H. Seidel sen.
Das vierte vollstän-
dige Schlagwerk-
bringt u. c. die beid.
Burschen
Der verkaufte
Liebesbrief.
1607 Seidora.
Vorverkauf bei
Koch, Altesb. 1112
Tel. 3395.

ZL

Zirkus-Lichtspiele

Das Qualitätsprogramm:
Johannes Goth
Schauspiel in 5 Akten mit
Karola Toelle
Ernst Stahl-Nachbaur
Werner Krauss

Der unübertreffliche Wiener Kunstfilm
Arme Maria
Drama in 5 Akten. M 171

Spielzeit: Wochentags 6-10.45 Uhr.
Sonntags 3-10.45 Uhr.

Kammer-Lichtspiele

Heute letzter Tag
Künstler-Wettstreit im Film
Luzie Höflisch, Ed. v. Winterstein, Jilka
Grünlag, Paul Hartmann, Eugen Klöpfer,
Reinhold Schünzel, Karl Platen, Jenni
Marba, W. Diegelmann, Irene Kalsch,
Fr. Beckmann, Gustav Boltz, Harry
Berber, Paul Gracis, Martha Dibbern

Maria Magdalena
ein bürgerliches Trauerspiel von Friedrich
Hebbel. - Für den Film bearbeitet in 5 Akten.
Regie Reinhold Schünzel.

Lotte Neumann,
Felix Basch, Ferry Slicks in
Die Frau im Doktorhut
ein Lotte-Neumann-Lustspiel in 4 Akten.
Beginn der Vorstellung: Sonntags 3 Uhr,
wochentags 6 Uhr. - Ende 10.45 Uhr.
Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr Frühvorstellung.

Hühneraugen
Kornhaut, Schwielen,
u. Warzen beseitigt
schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol
100000 fack bewährt
Preis M. 2.50
In Apotheken und Dro-
gerien erhältlich.

Umzüge
Für den aller Art
Gebäudeveränderung, ein- u.
zweckmäßig, übernehmen sofort
Blau Radler, Schneefeststr. 8
Telephon 5250 und 2475.

Burg.
Schneefeststr. 8
und **Reisebüchsen**
sowie Post- u. Reisebüchsen
werden zu möglichst billigen
Preisen angekauft
C. Heinrich Solente-
straße 59.
Telephon 687.

Burg.
Jahre jeden Freitag
mit **Sahner**
Gasthof zum **Eichbaum**
Regierungstraße 25. Be-
setzungen nehmen entgegen
für Hin- und Rückreise
C. Heinrich Solente-
Telephon 687
und Herr Davids, Regie-
Regierungstr. 25. Teleph. 736.1549

Id. Galaberinge
No. 3 bis 600 Geld 400 Wert.
1545

Meissner
Kartoffel- u. Heringshandlung
Stephansbrücke 23.
Tel. 5883.

Ein Transport
gegr. Ultra-
schwerer
Fattersweine
steht ab Donnerstag sehr preis-
wert zum Verkauf bei Franz
Dietrich, Schmidstr. 21.
Ende Heinrichsplatz 27/46

Große Sutterröhweine
bis 50 Pfd. schwer, verkauft
preiswert Erich Wendt,
Hgd.-Fermersleben, Hertenstr. 37.

Großer Ziegenbock
1 1/2-jähr. Ziegenbock
besonders zurucht geeignet,
sehr preiswert zu ver-
kaufen. Offerten mit 2708 an
die Exp. d. "Vollst." evs. 2703

Abbruch
Weidenstr. 10
Größere Posten geb. Mauer-
steine u. Mauersteintücher,
300 cm Wägen u. Doppel-
1540 zu verkaufen.

Gust. Stieger
Sagewitzstraße 1112
Tel. 3395.

**Fürstenhof-
Prunkaal**
7 1/2 Uhr:
Mit größtem Erfolg der
phänom. Spielplan
Krems-Familie
8 Glazette, 3 Thomas
Gut Bitter, Grete Dircks
Bertra Bülrom
Erna Arie
Heinrich Rohbrandt
Albert Toulouse.

**Fürstenhof-
Sunnel**
118
Donnerstag 7 1/2 Uhr
Ehrenabend
bergesamtenbayerischen
Bauernkapelle Sageter

Zentraltheater
Nur noch
wenige Tage
**Die Dame
vom Zirkus.**
Voranzeige.
Dienstag, 13. Juli
Ehrenabend für 119
Friedl. Halka-Comerth.

Wilhelma Lübecker
Str. 129

Jeden Freitag
Großes Garten-Konzert
(Philharmonisches Orchester) - Anfang 7 1/2 Uhr.
Jeden Sonntag
Konzert und Gesellschaftsball

Freie Turnerschaft Barleben
Am Sonnabend den 10. Juli u. Sonntag
den 11. Juli findet unser
vierzigstes Stiftungsfest
verbunden mit Wettturnen, statt.
Wir laden hiermit unsere sämtlichen Brudervereine und
Einwohner von hier u. Umg. dazu ein. Der Festausschuß

Raucht Bonitas!